

1. Die Geschichte der DEUTSCHEN ZENTRUMSPARTEI seit 1870

1.1 DIE DEUTSCHE ZENTRUMSPARTEI - von den Anfängen bis heute -

In früheren Jahrzehnten galt das *ZENTRUM* als politisches Sprachrohr des Katholizismus. Heute hat sich die Vision eines unserer Gründungsväter, Ludwig Windthorst, erfüllt: die Partei besitzt nun überkonfessionellen Charakter. In der Leitung und Wählerschaft befinden sich Christen aus unterschiedlichen Kirchen und Freikirchen.

Parteilpolitisch fassbar trat der politische Katholizismus zuerst in den süddeutschen Landtagen des Vormärz (vor 1848) auf, um sich schließlich mit der Reichsgründung 1871 endgültig im *Zentrum* zu stabilisieren. Der *Katholische Klub*, (Vorsitzender Joseph Maria Radowitz, Vizepräsident August Reichensperger) ein loser Zusammenschluss katholischer Abgeordneter in der Deutschen Nationalversammlung von 1848 in der Frankfurter Paulskirche, stellte hier ein Bindeglied der Entwicklung zur Partei dar.

Der *Katholische Klub* als eine Art interfraktioneller Vereinigung war nur auf Verteidigung (nämlich der Rechte der Kirche gegenüber dem Staat) eingestellt. Er verstand sich nicht als Fraktion und leitete schon damals seine starke Stellung im Wesentlichen davon ab, dass er sich von vorneherein auf eine Volksbewegung stützen konnte, eine für damalige Verhältnisse vortreffliche Massenorganisation des katholischen Volksteils (z.B. die *Piusvereine*, später *Windthorstbünde*, *katholische Arbeitervereine* und *christliche Gewerkschaften*).

Man stellte sich sehr schnell auf den Boden der neu geschaffenen politischen Freiheiten und nahm sie für die Kirche in Anspruch. Schon 1848 sprach Bischof Ketteler auf der Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands in Mainz über die soziale Frage. Die politische Losung lautete: Freiheit der Kirche *im* Staate, möglichst auch Freiheit der Kirche *vom* Staate. Die Grundrechte der Preußischen Verfassung entsprachen den kirchlichen Wünschen. So gelang es, die katholische Bevölkerung auf kirchenpolitische Ziele zu einigen. Dies war für später eminent wichtig.

Im Jahre 1852 bildete sich im Preußischen Landtag die *Katholische Fraktion* um die Gebrüder August und Peter Reichensperger sowie später Hermann v. Malinckrodt. Hier hatte es noch keinen

Katholischen Klub wie in der Frankfurter Nationalversammlung gegeben. Aus Anlass der sog. Raumer'schen Erlasse (Gesetze gegen Rechte der Kirche, die in der Verfassung verbrieft waren), entstand große Aufregung in Teilen der Bevölkerung. Daraufhin erfolgten Aufrufe, katholische Abgeordnete zu wählen. Diese Aufrufe hatten großen Erfolg. Die Fraktion bildete sich bald nach den Wahlen und setzte sich energisch für das Festhalten an der Verfassung ein, da sie in den Verfassungsartikeln über das Verhältnis von Staat und Kirche ihren eigentlichen Hort sah.

Durch den Krieg von 1866, in dem Preußen Österreich besiegte, wurde die großdeutsche Lösung eines Kaiserreiches unter österreichischer Führung, (und das hieß: katholischer Führung), welche die Katholische Fraktion und die von ihr vertretene Bevölkerung erhofft hatte, politisch unmöglich. So stellte die Reichsgründung Bismarcks unter preußischer (d.h. protestantischer) Führung für den katholischen Volksteil, der sich plötzlich in der deutlichen Minderheit gegenüber den Protestanten sah, eine große Enttäuschung, ja Bedrohung, dar.

Die Befürchtung, kirchliche, verfassungsmäßig verbrieft Rechte zu verlieren, sollte sich später, im sog. *Kulturkampf*, bitter bewahrheiten. Unter diesem Begriff wird der Kampf der späteren *Zentrumspartei* gegen die beiden im Reichstag vertretenen und die Regierung bildenden Parteien der Konservativen und der Nationalliberalen Partei verstanden. Der Vorwurf der Regierung, die *Zentrumspartei* vertrete eine streng päpstliche Gesinnung (*Ultramontanismus*), war ein Hauptargument für den Versuch, die Rechte der Katholischen Kirche einzuschränken, ja diese regelrecht zu bekämpfen. Im Grunde genommen handelte es sich hier jedoch um den alten Kampf zwischen Staat und Kirche, der durch die Gründung des Reiches und die preußisch-protestantische Führung erneut belebt wurde.

Diese Angriffe haben jedoch erst die enge Vereinigung und das Zusammengehen der katholischen Abgeordneten der verschiedenen Reichsprovinzen hervorgerufen, welches am 13. Dezember 1870 zur Gründung der *Zentrumsfraktion* nach den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus führte. Diese Parteigründung war ein Ausdruck des Kampfes zwischen Staat und Kirche (d.h. auch: zwischen Liberalismus und Kirche). Die Diskussion, ob die neue Fraktion auf rein konfessioneller oder auf politischer Grundlage begründet werden solle, entschied sich schließlich für die politische Grundlage unter starker Betonung der kirchenpolitischen Programmpunkte. Die

kirchlichen Rechte in der preußischen Verfassung, ihre Erhaltung und ihre Übernahme in die Verfassung des zu begründenden Reiches war die wichtigste Forderung. (siehe auch unter Punkt: 1.2 Soester Wahlprogramm vom 28. Oktober 1870) Gründungsväter waren die bereits erwähnten Gebrüder Reichensperger, Hermann v. Malinckrodt, Karl v. Savigny, Freiherr v. Schorlemer-Alst, Ludwig Windthorst und Ernst Lieber, die beiden späteren Parteiführer. Vor allem Windthorst sollte sich bis zu seinem Tode 1891 als brillanter, ebenbürtiger politischer Gegner Bismarcks erweisen. Die neu entstandene *Zentrumsfraktion* des preußischen Abgeordnetenhauses gab sich folgendes *Programm*, welches fast ein halbes Jahrhundert lang unverändert das offizielle Programm der Partei bleiben sollte:

*Die Fraktion stellt sich zur besonderen Aufgabe, für Aufrechterhaltung und organische Fortentwicklung **verfassungsmäßigen Rechtes im Allgemeinen und insbesondere für die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche** und ihre Institutionen einzutreten. Die Mitglieder derselben suchen dieser Aufgabe auf dem Wege freier Verständigung zu entsprechen, und soll die Freiheit des Einzelnen in Bezug auf seine Abstimmung keine Beeinträchtigung erleiden.*

Als Name wurde für die neue Fraktion angenommen:

“Zentrum (Verfassungspartei)”

Der Zusatz "Verfassungspartei" sollte zum Ausdruck bringen, dass die neue Partei entgegen der monopolistischen Begehrlichkeit des falschen Liberalismus die Rechte, welche der Kirche in der Verfassung von 1850 garantiert sind, verteidigen will." (A. Reichensperger).

Andere Namen für die neue Partei wie: "Katholische Volkspartei", "Konservative Volkspartei", "Christlich-konservative Volkspartei" und "Antiliberale Partei" wurden diskutiert, aber verworfen.

Bei den Wahlen zum ersten Deutschen Reichstage 1871 errang die Partei 57 Sitze und wurde damit die zweitstärkste Fraktion.

Das *Zentrum* suchte aufgrund seiner Programmpunkte wie "stärkere Stellung der Einzelstaaten" und der "Forderung nach stärkerer provinzieller Selbstverwaltung" (bereits hier wird der stark föderative Aspekt der Stärkung der Rechte der Einzelstaaten von Zentrumspolitik sichtbar, der sich neben die Sicherung und Stärkung der Rechte der

katholischen Kirche stellte) Verbindung zu kleineren Fraktionen wie den Welfen (Hannover), Polen, Elsässern und Lothringern (Vereinigung mit dem *Zentrum* im Jahre 1906) sowie der Bayerischen Patriotenpartei (die sich 1887 mit dem *Zentrum* vereinigte). Konsequenter verfolgte die Partei den von Windthorst vorgegebenen Kurs des Minderheitenschutzes und des Kampfes gegen jegliche Art von Ausnahmegesetzgebung. Dies und die Außenpolitik des *Zentrums* blieben für Bismarck ein ständiger Grund dafür, das *Zentrum* mit allen Mitteln zu bekämpfen. Er sah in dem Vorgehen des *Zentrums* einen Angriff auf den Staat und seine Einrichtungen, den er durch einen Gegenangriff parieren wollte (Kulturkampf).

Die *Zentrumspartei* war begründet worden in der Absicht, für die Rechte der katholischen Kirche in Preußen und im Reich einzutreten. Sie verneinte nicht die Reichsgründung, aber sie war doch getragen von der Missstimmung gegen das preußisch-protestantische Übergewicht im neuen Reich und war bestrebt, die Rechte der Einzelstaaten zu stärken. Das *Zentrum* war nie aus Grundsatz eine rein katholische Partei. Schon im Jahre 1852 schuf der damalige Justizminister im Königreich Hannover Ludwig Windthorst in Zusammenarbeit mit dem protestantischen Staatssekretär Dr. Brühl eine neue Synodalordnung der evangelisch-lutherischen Landeskirche. Die *Zentrumspartei* schloss die Mitarbeit von Protestanten nicht aus, welche damals freilich nur sehr begrenzt blieb (siehe auch den Satz Julius Bachems 1906: "Wir müssen aus dem Zentrumsturm heraus"). Trotzdem hat sich das *Zentrum* seit seiner Gründerzeit gegen diese Einengung, eine rein konfessionelle Partei zu sein, gewehrt und um die Gewinnung von Protestanten bemüht. Der altkonservative Lutheraner Ludwig von Gerlach gehörte ihm als hospitierendes Fraktionsmitglied an. Es hat fast immer evangelische Abgeordnete gehabt und bei den Septemberwahlen 1930 in Berlin auch einen jüdischen Kandidaten aufgestellt. Unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg war sogar der Versuch gemacht worden, die Partei unter Aufgabe ihres traditionellen Namens in eine allgemeine "Christliche Volkspartei" umzuwandeln. Die Gründung und Ausbreitung des evangelischen "Christlich-sozialen Volksdienstes" verhinderte eine Ausbreitung ins protestantische Lager. Seine Wähler fand das *Zentrum* fast ausschließlich unter der katholischen Bevölkerung, auch wenn es nie die Stimmen aller katholischen Wähler auf sich vereinigen konnte (ca. 60% aller aktiven Katholiken, das sog. Kirchenvolk, wählten treu *Zentrum*). Die Gesetzgebung des "Kulturkampfes" hat zahlreiche Katholiken an die Seite des *Zentrums* getrieben und seine

Wählerzahlen erheblich vermehrt. Soweit der Kulturkampf der Bekämpfung des *Zentrums* galt, war er ein deutlicher Misserfolg.

Das Anwachsen der Mandatszahlen gab dem *Zentrum* mit kurzen Zwischenräumen im Kaiserreich und auch noch in den Zeiten der Weimarer Republik in den Reichstagen eine Schlüsselstellung. Im Kulturkampf war das *Zentrum* in eine stark oppositionelle Stellung gedrängt worden.

Ab 1878 zeigte sich verstärkt ein Wandel in der Bismarck'schen Innenpolitik, vor allem wegen der Wirkungslosigkeit des Kulturkampfes und des Verlustes von parlamentarischen Mehrheiten aus der Koalition mit den liberalen Parteien (Spaltung der Nationalliberalen Partei).

Bismarck suchte und fand die Mitarbeit des *Zentrums*, welche von Windthorst geschickt zum stückweisen Abbau der kirchenfeindlichen Gesetzgebung eingesetzt wurde.

In den Jahren bis 1884 setzte sich das *Zentrum* durch Anträge von Abgeordneten wie v. Galen, Adolf Kolping, Franz Hitze und Georg Graf v. Hertling für die Not der unter dem Manchester-Liberalismus leidenden Arbeiterbevölkerung ein.

Es sollte das Leben, die Gesundheit und die Sittlichkeit der Arbeiter geschützt werden. Die hier beginnende Sozialgesetzgebung, die von den Sozialdemokraten nicht unterstützt wurde (August Bebel meinte, die Massen müssten verelenden, damit die Revolution erfolgen könne) wurde maßgeblich von Zentrumspolitikern vorgeschlagen. Sie wurde schließlich von Bismarck durchgeführt, der sich der Erkenntnis der Verelendung der Arbeiterfamilien, ihrer Zerstörung durch Kinderarbeit, 16-Stunden täglicher Arbeit von Männern und Frauen, Sonntagsarbeit, keine Kranken-, Renten-, und Unfallversicherung usw. nicht mehr verschließen konnte. Er erhielt dabei die parlamentarische Unterstützung des *Zentrums*. So kamen als erste Sozialgesetze unter direkter Federführung des Zentrumspolitikers Franz Hitze und anderer in Zusammenarbeit mit den Konservativen 1883 das **Krankenversicherungsgesetz**, 1884 das **Unfallversicherungs-** und 1889 das **Invalidenversicherungsgesetz** zustande.

Diese Tradition setzte sich vor allem in der Weimarer Republik fort. Hier ist besonders die Person des Reichsarbeitsministers Dr. Heinrich Brauns zu erwähnen, der in dieser Eigenschaft von 1920-1928 die

Sozialgesetzgebung um die **Arbeitslosenversicherung**, den Kündigungsschutz und die aktive Arbeitsmarktpolitik erweiterte.

Nach dem Tod Kaiser Wilhelms I. 1888 und der Entlassung Bismarcks 1890 durch Kaiser Wilhelm II. wuchs im Deutschen Reich die politische Macht der Sozialdemokratie. Hierdurch steigerte sich der Einfluss des *Zentrums* als Zünglein an der Waage.

So wurde die Partei bis 1906 die Hauptstütze der kaiserlichen Regierung. Die Zentrumsführer standen in diesen Jahren in enger Fühlung mit dem Reichskanzler. Die Regierungsverantwortlichen Hohenlohe und Bülow besprachen mit der Zentrumsführung die wichtigsten Gesetzesvorlagen. Jedoch durfte in dieser Zeit der Reichstag niemals an der Kommandogewalt des Kaisers rühren. Es zeichneten sich noch keine Schritte zu einer Parlamentarisierung Deutschlands ab. An diesem Status quo wollte auch die damalige Zentrumsführung nichts verändern. Der Friedensschluß zwischen dem Deutschen Reich und der katholischen Kirche trug jetzt seine Früchte. Die Zentrumsführung war gegenüber den bestehenden Zuständen durchaus konservativ gestimmt. Politiker wie Spahn, v. Hertling und Kardinal Kopp vertraten die Ansicht, dass das bestehende Deutsche Reich die bestmögliche Situation für den deutschen Katholizismus biete.

Vor allem in den Reihen der christlichen Gewerkschaften etablierte sich in der Arbeiterschaft jedoch ein linker Zentrumsflügel unter Führung von Matthias Erzberger und des Gewerkschaftsführers Adam Stegerwald, der in scharfem Gegensatz zur Sozialdemokratie stand.

Der linke Flügel förderte besonders die katholischen Arbeitervereine und ihre Organisation der Fachabteilungen, die sog. *Berliner Richtung*. Es kam bis 1914 gelegentlich zu erbitterten Kämpfen zwischen den verschiedenen Richtungen.

Wichtig ist hier, dass das *Zentrum* schon vor 1914 in wachsendem Maß einen demokratischen Charakter annahm.

Im 1. Weltkrieg unterstützte das *Zentrum* wie alle anderen Parteien durch den sog. Burgfrieden die Kriegsziele und Kriegspolitik der Regierung. Erst als 1917 klar wurde, dass eine Erfüllung dieser Ziele nicht zu erreichen war, kam unter der Führung von Erzberger im Reichstag eine Friedensresolution unter der Parole: "Frieden ohne Annexionen" zustande.

Kurz darauf wurde der Zentrumsabgeordnete v. Hertling zum Reichskanzler ernannt.

Im November 1918 kam es zur deutschen Revolution und zur Abdankung des Kaisers. In der veränderten politischen Lage trat eine Persönlichkeit wie Matthias Erzberger ausschlaggebend in den Vordergrund. Das *Zentrum* blieb auch unter den neuen Verhältnissen die Partei, die verschiedene soziale Schichten in sich vereinte und ihre Gegensätze in den eigenen Reihen auszugleichen versuchen musste. An den Regierungen der Weimarer Republik wie auch im besonderen der Verfassung gebenden Nationalversammlung ist das *Zentrum* fast stets maßgebend beteiligt gewesen, indem es eine Politik des inneren Ausgleichs zwischen den sich radikalierenden Kräften von Rechts und Links verfolgte.

Wie oben erwähnt, war das *Zentrum* unter seinen verschiedenen Reichskanzlern

Joseph Wirth, Reichskanzler 1921/22 (Zentrumsvorsitzender 1920-28)
Wilhelm Marx 1923-25, 1926-28,
Heinrich Brüning 1930-32

innenpolitisch um einen Ausbau der Sozialgesetzgebung auf der Basis der katholischen Sozialethik bemüht. Außenpolitisch suchte es im Sinne einer Erfüllungspolitik den Ausgleich mit den Siegermächten des 1. Weltkriegs und führte Deutschland zurück in die Staatengemeinschaft des Völkerbundes, vor allem nach der Verständigung mit Russland (Rapallo-Verträge).

Im Jahre 1920 kam es zur Abspaltung der *Bayerischen Volkspartei*, die verstärkt bayerisch-partikulare Ziele verfolgte (unter der Führung von Georg Heim, später Heinrich Held und Fritz Schäffer), welches zu einer Schwächung der Fraktion um ca. 20 Abgeordnete führte. Die Partei blieb jedoch stets dem *Zentrum* in enger Fraktionsgemeinschaft verbunden.

Das *Zentrum* blieb trotz seiner Mittelstellung in der ersten Hälfte des Weimarer Staates im Ganzen auf der politischen Linie, die es in Weimar und schon im I. Weltkrieg mit Sozialdemokraten und Demokraten zusammengeführt hatte.

1921 fiel der Zentrums-Minister Erzberger einem politischen Attentat rechts-nationaler Kreise zum Opfer, nachdem er in einer Kampagne zu Unrecht beschuldigt worden war, die Versailler Friedensverträge herbeigeführt zu haben (unter die er als Vertreter der Reichsregierung seine Unterschrift gesetzt hatte).

Auch Walther Rathenau fiel kurz darauf als Außenminister einem Attentat zum Opfer.

Bei der Wahl zum Reichspräsidenten 1925, die v. Hindenburg gewann, erhielt der Kandidat des *Zentrums* Wilhelm Marx nur ca. 1 Mio. Stimmen weniger als der Reichspräsident .

Die Jahre nach der Reichspräsidentenwahl waren innenpolitisch relativ ruhig und außenpolitisch erfolgreich. Die Regierungen wurden vom *Zentrum* und anderen Mittelparteien getragen. Es fanden sich allerdings immer mehr Kabinette, die nur eine Minderheit des Reichstages hinter sich hatten. Dies sollte sich im Verlauf der kommenden Jahre als politisch fatal erweisen.

1928 wurde der Führer der christlichen Gewerkschaften Adam Stegerwald nicht wiedergewählt, sondern Prälat Ludwig Kaas wurde Vorsitzender des Zentrums.

Ende März 1930 bildete Heinrich Brüning von der *Zentrumspartei* eine Regierung der bürgerlichen Mitte, ohne über eine parlamentarische Mehrheit zu verfügen. Nach den Wahlen vom 31. Juli 1932 hatten Nationalsozialisten und Kommunisten zusammen im Reichstag die absolute Mehrheit, die sie natürlich nur negativ nutzen konnten. Brüning versuchte als Reichskanzler, gestützt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten v. Hindenburg, mehr oder weniger ohne Befragung der Parteien, die zu einer Zusammenarbeit mit ihm bereit waren, die Reichsregierung zu führen. Es gelang ihm sogar, die schwere Wirtschaftskrise des Jahres 1931 und den Zusammenbruch einiger Großbanken leidlich zu überwinden. Es war ihm aber nicht möglich, dem ständigen Anwachsen der Arbeitslosenzahl zu begegnen. Er musste sich in immer stärkerem Maße auf den Notverordnungsparagrafen der Weimarer Verfassung, den Artikel 48 berufen, der aber keineswegs in dem Sinne gedacht war, die parlamentarischen Einrichtungen und die demokratischen Parteien weitgehend auszuschalten.

Am 30. Mai 1932, kurz nach seiner Wiederwahl, entließ v. Hindenburg Reichskanzler Brüning. Sein Nachfolger wurde der dem rechten Flügel des *Zentrums* zugehörige Franz von Papen.

Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 läutete das parlamentarische Ende der Parteien im deutschen Reichstag ein.

Nach Annahme des *Ermächtigungsgesetzes* am 23. März 1933 wurde eine Partei nach der anderen verboten oder löste sich wie das *Zentrum* am 5. Juli 1933 selbst auf.

Die Zustimmung des *Zentrums* zum Ermächtigungsgesetz war ein letzter Versuch, Hitler und seine Nationalsozialisten unter einer gewissen Kontrolle zu halten und somit das Land und das Parlament vor dessen völliger Kontrolle zu schützen. Es sollte sich sehr bald zeigen, dass die Hoffnungen oder Zusagen, von denen sich das *Zentrum* und andere Mittelparteien beeinflussen ließen, trogen bzw. in keiner Weise eingehalten wurden. Man konnte Anfang 1933 die weitere Entwicklung noch nicht übersehen. Auch entschiedene Demokraten vertraten damals die Ansicht, Hitler und seine Partei sollten zeigen, was sie können oder nicht können, und dann wäre eine Veränderung möglich. Diese Rechnung war falsch.

Hitlers Weg zur absoluten Macht war nun frei. Auch das kurz darauf zwischen dem Vatikan und Hitler geschlossene Reichskonkordat (unter maßgeblicher Mitwirkung von Ludwig Kaas) konnte später den Schutz der Kirchen nicht mehr sicherstellen, was die Ermordung zahlloser Kleriker in den Konzentrationslagern des 3. Reiches beweist.

Die neue *Zentrumspartei* wurde 1945 gegründet. Maßgebend dabei war Johannes Brockmann, der unter dem Eindruck stand, dass die CDU einen Kurs steuere, der zu weit nach rechts wies.

Besonders beteiligt waren Rudolf Amelunxen, erster Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, und Helene Wessel.

Von den Militärbehörden im britischen Sektor war das *ZENTRUM* ausdrücklich an der Mitarbeit zu einer deutschen Verfassung eingeladen worden.

Das *ZENTRUM* hat bei der ersten Bundestagswahl noch 10 Mandate erringen können. Das Programm betonte stark soziale Gesichtspunkte

und wollte den konfessionellen Standpunkt zurückstellen. Später verlor jedoch die Partei ihren politischen Einfluss und ist zur Splitterpartei herabgesunken. Zentrums Politiker waren nur noch in einigen Regional- und Kommunalparlamenten in Deutschland vertreten.

Der amtierende Bundesvorsitzende der *Deutschen Zentrumspartei*, Gerhard Woitzik aus Dormagen (Rheinland), zur Zeit Stadtratsmitglied und Kreistagsabgeordneter (früherer Bürgermeister der Gemeinde Nievenheim, Kreis Neuss und Vizebürgermeister der Stadt Dormagen) hat einen großen Anteil am Überleben der Partei.

Angesichts der zunehmenden Abweichung der CDU/CSU von ihren christlich-sozialen Grundsätzen gewinnt das *ZENTRUM* wieder an Berechtigung und Bedeutung. Eine zunehmende Zahl von Menschen aus allen kirchlichen und gesellschaftlichen Lagern schließt sich ihm an.

1.2 Das Soester Wahlprogramm der Zentrumsfraktion

Wahlprogramm

Für Wahrheit, Recht und Freiheit

1. Wir wollen: nicht nur Abwehr jedes fernern Angriffs auf die Unabhängigkeit der kirchlichen Organe, auf die Entwicklung christlicher Liebestätigkeit – sondern Wiederherstellung und erneuerte, verfassungsmäßige Sicherstellung der durch die neuere Gesetzgebung verletzten Selbstständigkeit und Rechte der römisch-katholischen - sowie der evangelischen Kirche.
2. Tatsächliche Durchführung der staatsrechtlichen Parität der anerkannten Religionsbekenntnisse.
3. Verteidigung und Aufrechterhaltung des christlichen Charakters der Ehe.
4. Konfessionelle Schulen.
5. Für das ganze deutsche Vaterland ein Bundesstaat, der im Notwendigen die Einheit schafft, in allem übrigen aber die Unabhängigkeit und freie Selbstbestimmung der Bundesländer sowie deren verfassungsmäßigen Rechte unangetastet lässt.
6. Dezentralisation der Verwaltung auf Grundlage der Selbstständigkeit der politischen Korporationen in Gemeinde, Kreis und Provinz.
7. Möglichste Beschränkung der Staatsausgaben und damit der Steuern und Lasten sowie deren gleichmäßige und gerechte Verteilung.
8. Ausgleicheung der Interessen von Kapital und Grundbesitz, sowie von Kapital und Grundbesitz einerseits und der Arbeit andererseits durch Erhaltung und Förderung eines kräftigen Mittelstandes in einem selbstständigen Bürger- und Bauernstande.
9. Freiheit für alle den gesetzlichen Boden nicht verlassenden Bemühungen zur Lösung der sozialen Aufgaben. Gesetzliche Beseitigung solcher Übelstände, welche den Arbeiter mit moralischem oder körperlichem Ruin bedrohen.

Soest, den 28. Oktober 1870

1.3 Bibliographie

1. Karl Bachem: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei in 9 Bänden, Köln 1927, Neudruck 1967, Scientia Verlag Aalen
2. Ludwig Bergsträsser: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland München 1965
3. Nationale Arbeit, Das Zentrum und sein Wirken in der Deutschen Republik, Karl Anton Schulte Hsg., Berlin 1929
4. Sigmund Neumann: Die Parteien der Weimarer Republik, Berlin 1932
5. Arthur Rosenberg: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1955
6. Wilfried Loth: Katholiken im Kaiserreich, Bonn 1984
7. Rudolf Morsey: Der Untergang des politischen Katholizismus, Stuttgart 1977
8. Hans Georg Wieck: Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953
9. Windthorst, christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks, 1812-1891, Hsg.: Ludwig-Windthorst-Stiftung, Meppen 1991